



Bundesverband

ASW-Wahlprüfsteine

# Bundestagswahl 2017

## Fragen des ASW Bundesverbandes zum Thema Wirtschaftsschutz

Die deutsche Wirtschaft sieht sich vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt, die sich aufgrund zunehmender (virtueller) Vernetzung, wachsender politischer Instabilitäten und Interdependenzen in den kommenden Jahren weiter verschärfen werden. Deutsche Unternehmen investieren daher große Summen, um sich entsprechend aufzustellen. Seitens des Staates wurden bereits erste, richtige Maßnahmen getroffen, um die Wirtschaft hier zu unterstützen – wie die Initiative Wirtschaftsschutz.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat der ASW Bundesverband folgende Wahlprüfsteine an die Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Die Linke und AfD geschickt. Bis auf die beiden letztgenannten Parteien haben alle auf die Anfrage reagiert und zum Thema Wirtschaftsschutz Stellung bezogen.

Im Anschluss an die Wahlprüfsteine, findet sich eine Zusammenfassung der Antworten, die der ASW Bundesverband erhalten hat. **Die Antworten sind Aussagen der Parteien und stellen keine Bewertung des ASW Bundesverbandes dar.**

- 1) Welche **Bedeutung** hat für Ihre Partei das Thema **Wirtschaftsschutz**?
- 2) Würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung einen **Wirtschaftsschutzbeauftragten** auf Regierungsseiten etablieren? Wo wäre dieser angesiedelt? Sollten auch Unternehmen einen Verantwortlichen für Wirtschaftsschutz haben?
- 3) Welche **Maßnahmen** würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergriffen werden, um auf folgende Phänomene zu reagieren: Wirtschaftsspionage, Cyber-Crime, Identitätsmissbrauch, Verwendung von Mehrfachidentitäten, Terroranschläge in Deutschland, Terroranschläge weltweit?
- 4) Wie steht Ihre Partei zu den Positionen des ASW Bundesverbandes in Sachen Bekämpfung von **Identitätsmissbrauch** und **Mehrfachidentitäten**?
- 5) Die deutschen Sicherheitsbehörden engagieren sich zunehmend stärker in Sachen Wirtschaftsschutz. Um eine ausreichend starke Wirkung zu entfalten, fehlen hier jedoch oftmals die notwendigen Ressourcen. Würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung den **Sicherheitsbehörden** mehr **Mittel** bereitstellen, um den Wirtschaftsschutz zu stärken? Wenn ja, in welchem Umfang?
- 6) Insbesondere der Mittelstand ist sich der wachsenden Gefahren durch Cyber-Kriminalität, Betrug, Spionage und Sabotage kaum bewusst. Welche Maßnahmen würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergreifen, um dies zu ändern? Würden Sie der **Finanzierung einer Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne** durch die Bundesregierung zustimmen?
- 7) Wie steht Ihre Partei zur **Initiative Wirtschaftsschutz**? Würden Sie eine Fortführung/Intensivierung befürworten? Wenn ja in welchem Umfang?
- 8) Der ASW Bundesverband arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden zusammen. Für einen besseren Austausch, der den Behörden größere Handlungsspielräume erlaubt, wären gesetzliche Anpassungen, beispielsweise im BND-Gesetz notwendig. Welchen **Rahmen für einen besseren Austausch der Wirtschaft mit den Sicherheitsbehörden** würde Ihre Partei setzen?

## Antworten der Parteien

Welche **Bedeutung** hat für Ihre Partei das Thema **Wirtschaftsschutz**?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stehen für einen umfassenden Wirtschaftsschutz</li> <li>• Wirtschaftsschutz sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland</li> <li>• Kleine und mittelständische Unternehmen sind häufig nur unzureichend gegen Spähangriffe geschützt</li> <li>• Unternehmen müssen noch intensiver für IT-Sicherheitsfragen sensibilisiert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nehmen das Thema sehr ernst</li> <li>• Der hochspezialisierte deutsche Mittelstand soll sich gegen Spionage und andere Angriffe rüsten</li> <li>• Verweis auf Antwort 3</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die enge Kooperation von Behörden und Unternehmen im Umgang mit den gewachsenen Cyberisiken ist zu begrüßen und dringend überfällig gewesen. Das belegen die Ergebnisse des NSA-Untersuchungsausschusses des Bundestages ebenso wie die jüngsten IT-Angriffe WannaCry und Petya</li> <li>• Wachsendes Vertrauen sowohl für den Austausch von Informationen über effektive Präventionsmaßnahmen als auch Angriffe selbst sollten im Fokus der Initiative stehen</li> <li>• Auch zentrale verfassungsrechtliche Werte wie der Datenschutz, aber auch Geheimschutzinteressen der beteiligten Akteure können und müssen gewahrt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schutz und Erhalt der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft haben hohe Bedeutung und bilden Grundlage des Wohlstands</li> <li>• Industrie- und Wirtschaftsspionage stellen im Zeitalter der Digitalisierung zunehmende Bedrohung für diese Wohlstandsgrundlage dar. Diese muss eingedämmt werden</li> </ul>

Würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung einen **Wirtschaftsschutzbeauftragten** auf Regierungsseiten etablieren? Wo wäre dieser angesiedelt? Sollten auch Unternehmen einen Verantwortlichen für Wirtschaftsschutz haben?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Chefsache, Bundesinnenminister ist Ansprechpartner</li> <li>• „Initiative Wirtschaftsschutz“ hat ganz besonderen Stellenwert</li> <li>• Auch für die Strukturen in Unternehmen und Verbänden muss gelten, dass Wirtschaftsschutz Chefsache ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ob die Unternehmen einen Verantwortlichen für Wirtschaftsschutz einrichten sollen, richtet sich nach der betreffenden Branche und dem Gefahrenpotenzial</li> <li>• Empfehlungen der Wirtschaftsverbände sind erwünscht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die BReg. hat mit den passiven Meldepflichten des IT-SiGe weder Anreize noch ein regulatorisches Instrumentarium zur Stärkung der IT-Sicherheit geschaffen</li> <li>• Mittelstand muss für die steigende Bedeutung der IT-Sicherheit stärker sensibilisiert werden</li> <li>• Fragen der IT-Sicherheit sollten als ein selbstverständlicher Teil verantwortlicher Unternehmensführung wahrgenommen werden</li> <li>• Auf Regierungsseite zählt es ebenso zu den integralen Pflichten und Verantwortlichkeiten von BMI, BSI sowie auch der Sicherheitsbehörden wie BKA und BfV, den Schutz der bundesdeutschen Wirtschaft zu gewährleisten</li> <li>• Fordern zumindest im Rahmen der Ausübung der Beratungsaufgaben für Wirtschaft und Zivilgesellschaft gesetzlich abgesicherte institutionelle Unabhängigkeit des BSI</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• BSI stärken, indem sie es als eigenständige und unabhängige Bundesbehörde aufstellen</li> <li>• Auf nationaler und europäischer Ebene soll eine abgestimmte Strategie zum Schutz von privaten Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen erstellt werden</li> <li>• Stärkere Koordinierungsverantwortung beim Bundesinnenministerium</li> <li>• Zentralen Ansprechpartner für Wirtschaftsschutzfragen im Bundeswirtschaftsministerium ansiedeln (sofern es Bedarf dafür gibt)</li> <li>• Beteiligung der Staatssekretäre an Tagungen des „Ressortkreises Wirtschaftsschutz“ für sinnvoll erachtet</li> <li>• Jedes Unternehmen, ob Start-Up oder großer Betreiber kritischer Infrastrukturen, soll selbst entscheiden, mit welchen konkreten Strukturen es sich den Herausforderungen stellen möchte</li> </ul>

Welche **Maßnahmen** würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergriffen werden, um auf folgende Phänomene zu reagieren: Wirtschaftsspionage, Cyber-Crime, Identitätsmissbrauch, Verwendung von Mehrfachidentitäten, Terroranschläge in Deutschland, Terroranschläge weltweit?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Haben in dieser Legislaturperiode bereits mit einer Vielzahl von Maßnahmen reagiert</li> <li>• Verwendung von Mehrfachidentitäten kann durch Ausweiskontrolle gestärkt werden</li> <li>• Dem zunehmenden Identitätsmissbrauch kann dadurch begegnet werden, dass unsichere Identifizierungsverfahren gemieden werden. Hier bietet der Personalausweis mit der Online-Ausweisfunktion ein sicheres Verfahren zur elektronischen Identifizierung von Personen</li> <li>• Es bedarf verstärkter Anstrengungen durch die Wirtschaft (siehe Frage 5)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Polizei besser ausstatten, 15.000 neue Stellen in Bund und Ländern</li> <li>• BKA in seiner zentralen Koordinierungsfunktion stärken</li> <li>• Ermittlungsbehörden sollen mit moderner IT- und Kommunikationsstrategie ausgerüstet werden</li> <li>• Terroristische Bedrohungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe haben Basis geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Stärkere Koordinierung in Deutschland und Europa muss nächster Schritt sein. Wenn notwendig, Gesetze zur Bekämpfung von Terror und Gewalt verschärfen</li> <li>- Erst Zusammenspiel von Kriminalitätsvorbeugung, Deradikalisierung, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft &amp; der Arbeit von Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten schafft mehr Sicherheit.</li> <li>- Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern vereinheitlichen (unter datenschutzrechtlichen Vorgaben)</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftsspionage: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit Einsatz im NSA-Untersuchungsausschuss wesentlich zur Offenlegung von staatlichen Spionagetätigkeiten im Bereich der Wirtschaft beigetragen</li> <li>- Gefordert wird die Abkehr von Verfahren der Massenüberwachung als auch Vorschläge insbesondere zur Stärkung der Resilienz der IT-Infrastruktur (Reform des IT-Sicherheitsgesetzes; verbesserte Haftungsregelungen für Hard- und Softwareanbieter, Stärkung von Open Source)</li> <li>- Der Verfassungsschutz soll im Schwerpunkt auf Fragen u.a. der Spionageabwehr ausgerichtet werden</li> </ul> </li> <li>• Cyber-Crime, Identitätsmissbrauch, Verwendung von Mehrfachidentitäten <ul style="list-style-type: none"> <li>- Forderung nach effektiver Strafverfolgung im Bereich von Straftaten der sog. Cyberkriminalität auf der Grundlage der bestehenden Gesetze</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zuständigkeiten zwischen den Sicherheitsbehörden auf Landes-, Bundes- und Europaebene und innerhalb der Behörden sind zu klären und klare Zuständigkeiten herzustellen</li> <li>• Sodann muss die zeitnahe Zusammenarbeit über Grenzen hinweg und mit einer Bereitstellung ausreichenden und qualifizierten Personals gewährleistet werden</li> <li>• Bürger, Wirtschaft und Kommunen müssen weiterhin sensibilisiert werden</li> <li>• Polizei und Staatsanwaltschaft müssen mit modernsten IT-Systemen ausgestattet werden</li> <li>• Ständige Aus- und Fortbildung</li> <li>• Verbesserung der Identifizierung von Tätern und Strafverfolgung <ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserung von Verschlüsselungstechnologien und der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Verbänden, Vereinen und Sicherheitsbehörden</li> </ul> </li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz verbessern</li> <li>- Kontrollen an Schengen-Außengrenzen verstärken, als Schutz vor Terroristen und Kriminellen</li> <li>- Luftsicherheit und Flughafenkontrollen verbessern</li> <li>• Cyber-Crime und -Spionage:             <ul style="list-style-type: none"> <li>- IT-SiGe weiterentwickeln</li> <li>- Sicherheitsbehörden personell und technisch besser ausstatten</li> <li>- F&amp;E von IT-Sicherheitstechnik fördern &amp; Ausbildung von Fachkräften für IT-Sicherheit verstärken, um technologische Kompetenz und digitale Souveränität zu erhalten</li> <li>- BSI ausbauen, in seiner neutralen Rolle &amp; Beratungsfunktion stärken</li> <li>- Hersteller und Anbieter digitaler Produkte &amp; Leistungen müssen Sicherheitslücken bekanntgeben und schnellstmöglich beheben</li> <li>- Gütesiegel für IT-Sicherheit schaffen</li> <li>- Algorithmen-TÜV soll dafür sorgen, dass niemand durch softwaregestützte Entscheidungen diskriminiert wird oder zu Schaden kommt</li> <li>- Sensible Daten müssen grundsätzlich verschlüsselt versendet werden, gerade in der öffentlichen Verwaltung</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aktuell kein Anlass für zusätzliche Pönalisierung</li> <li>- Wichtiger erscheint die Bereitstellung der personellen und sachlichen Mittel für die Behörden sowie organisatorische Verbesserungen in den Behörden selbst</li> <li>- Identitätsmissbrauch und Mehrfachidentitäten können je nach Tatausführung gravierende Straftaten darstellen und müssen effektiv verfolgt werden</li> <li>• Terroranschläge in Deutschland, Terroranschläge weltweit?             <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fordern personelle und finanzielle Verbesserungen der Ausstattung bei der Bundespolizei, Reform der Inlandsgeheimdienste sowie den gesetzlichen Grundlagen der Zusammenarbeit im GTAZ</li> <li>- Fordern Aufklärung der nicht aufgeklärten kapitalen Fehler im Umgang mit dem polizeibekanntem späteren Attentäter vom Breitscheidplatz, Anis Amri</li> </ul> </li> </ul>	
--	---	---	--

Wie steht Ihre Partei zu den Positionen des ASW Bundesverbandes in Sachen Bekämpfung von **Identitätsmissbrauch** und **Mehrfachidentitäten**?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Setzen sich für sichere Verfahren zur Identifizierung ein</li> <li>• Das Konzept „EAIPS/ DAKo“ begegnet zahlreichen Fragen, die sie vertieft prüfen möchten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die im Leitblatt Identitätsmissbrauch vorgeschlagenen Präventivmaßnahmen werden begrüßt</li> <li>• Das materielle Recht stellt in ausreichendem Maße Rechtsgrundlagen für die Strafverfolgung zur Verfügung</li> <li>• Verweis auf Antwort 3</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strafverfolgung ist nur eine Facette möglicher Maßnahmen – Prävention durch Information und Schulungen innerhalb der Unternehmen wichtig</li> <li>• Ansatz der EU, über eine Novellierung der Signaturgesetzgebung in Europa Verbesserungen der Verbreitung und Nutzbarkeit digitaler Strukturen zu befördern, wird begrüßt</li> <li>• Ansatz der Bundesregierung bei der e-ID-Gesetzgebung durch neue, unverhältnismäßig weite Eingriffsbefugnisse für Sicherheitsbehörden den Fokus einseitig auf staatliche repressive Maßnahmen zu verlagern, wird abgelehnt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sieht beides als Kriminalitätsphänomene, die deutlich zunehmen. Neben Missbrauch von Sozialleistungen, kommen diese Delikte vor allem im Internet (z.B. CEO Fraud) vor</li> <li>• Die Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen muss, in Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, spezialisierten Verbänden und den Industrie- und Handelskammern, erhöht werden</li> </ul>

Die deutschen Sicherheitsbehörden engagieren sich zunehmend stärker in Sachen Wirtschaftsschutz. Um eine ausreichend starke Wirkung zu entfalten, fehlen hier jedoch oftmals die notwendigen Ressourcen. Würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung den Sicherheitsbehörden mehr Mittel bereitstellen, um den Wirtschaftsschutz zu stärken? Wenn ja, in welchem Umfang?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat soll weiter intensiviert werden</li> <li>• Die Wirksamkeit des Einsatzes der Sicherheitsbehörden ist nicht allein durch eine Ressourcenerhöhung verstärkt</li> <li>• Wirtschaftsschutz ist gemeinsame Verantwortung von Politik, Sicherheitsbehörden und Wirtschaft</li> <li>• Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist es, Hilfe zur Selbsthilfe bereitzustellen</li> <li>• Der eigentliche Schutz ist Aufgabe des einzelnen Unternehmens</li> <li>• Kleine und mittelständische Unternehmen müssen Notwendigkeit erkennen und geeignete Schutzmaßnahmen ergreifen</li> <li>• Setzen sich für stärkere Zusammenarbeit ein, aber die Verantwortungen sehen sie letztendlich bei der Wirtschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Haben trotz vielfacher Verweigerung der CDU/ CSU deutliche Verbesserungen in dieser Legislaturperiode durchgesetzt. Verweis auf bisher erreichte Ziele, aber nicht auf zukünftige Pläne</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Personelle und finanzielle Mittel der Bundespolizei sollen erheblich aufgestockt werden</li> <li>• Bundesamt für Verfassungsschutz hingegen soll einem grundlegenden Umbau und eine substantielle, an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientierte Reform von Aufgaben und Befugnissen unterzogen werden. Dies ist Voraussetzung für mögliche Aufstockung der Mittel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fordern Reform der Sicherheitsarchitektur, da zurzeit zu viele Behörden für die Sicherheit zuständig sind. Klare Kompetenzabgrenzungen ohne Doppelzuständigkeiten sind das Ziel</li> <li>• Sicherheitsbehörden müssen enger zusammenarbeiten und Informationen leichter austauschen können, wenn rechtliche Voraussetzungen vorliegen</li> <li>• Tätigkeit der Sicherheitsbehörden soll einer Aufgabenkritik unterzogen werden, um sie von Nebensächlichkeiten zu entlasten</li> <li>• Entbürokratisierung und Entlastung der Polizeiarbeit, um Fokus auf Schutz der Bürgerinnen und Bürger richten zu können</li> <li>• Am Ende dieses Prozesses ist zu prüfen, ob und wie freiwerdende Ressourcen am effektivsten genutzt werden können – der Bereich Wirtschaftsschutz wird sicherlich eine angemessene Berücksichtigung finden</li> </ul>

Insbesondere der Mittelstand ist sich der wachsenden Gefahren durch Cyber-Kriminalität, Betrug, Spionage und Sabotage kaum bewusst. Welche Maßnahmen würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergreifen, um dies zu ändern? Würden Sie der **Finanzierung einer Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagne** durch die Bundesregierung zustimmen?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verweisen auf die „Initiative Wirtschaftsschutz“</li> <li>• Ermuntern Verbände und Mitgliedsunternehmen, sich noch stärker mit den eigenen Beiträgen zur Sensibilisierung und Aufklärung auf der gemeinsamen Kommunikationsplattform zu präsentieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verweis auf Antwort 3</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufklärungskampagnen und Investition von mehr Mitteln zur Information der gesamten Bevölkerung sind von hoher Bedeutung. Bundesregierung hat sich bislang weggeduckt</li> <li>• Aufklärung und Schulungen allein stellen keine substanziellen Verbesserungen der IT-Sicherheit dar.</li> <li>• Politik bleibt in der Verantwortung, auch durch gesetzliche Vorgaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, spezialisierten Verbänden und Vereinen und den Industrie- und Handelskammern muss unterstützt und Sensibilität der Bürger, Kommunen und Unternehmen erhöht werden</li> <li>• Sinnvolle Präventions- und Abwehrmaßnahmen unterstützen, ohne dass Unternehmen Nachteile fürchten müssen</li> <li>• Verfassungsschutz im Bereich Wirtschafts- und Computerspionage verstärken und die Mitarbeiter ausrüsten, dass sie betroffenen Unternehmen besser helfen können</li> <li>• Unternehmen beraten, um Sicherheit ihrer Geräte und Produkte zu erhöhen</li> <li>• Bei Maßnahmen ist aber die gebotene Abgrenzung von hoheitlichem Handeln der Ermittlungsbehörden und privaten Akteuren zu beachten</li> </ul>

Wie steht Ihre Partei zur **Initiative Wirtschaftsschutz**? Würden Sie eine Fortführung/Intensivierung befürworten? Wenn ja in welchem Umfang?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Treten dafür ein, den zwischen Wirtschaft und Staat institutionalisierten Dialog weiter auszubauen</li> <li>• Cybersicherheit und Wirtschaftsschutz müssen noch enger miteinander verzahnt und die internationale Zusammenarbeit zum Schutz der deutschen Wirtschaft muss weiter gestärkt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wichtig, dass kleine und mittelständische Unternehmen besser vor Angriffen geschützt werden Ob die Initiative fortgeführt wird, hängt von den Erfahrungen ab, die gesammelt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrüßen Initiative als wichtigen Baustein einer übergreifenden, auf Kooperation zwischen staatlichen und privaten Stellen angelegten Strategie für den besseren Austausch zu IT-Sicherheitsfragen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrüßen die Kampagne</li> <li>• Austausch zwischen Unternehmen und Sicherheitsbehörden in Sachen Wirtschaftsschutz sinnvoll. So bleiben beide Seiten auf dem neuesten Stand</li> <li>• Das bietet auch solide Basis für die Erarbeitung einer nationalen und europäischen Strategie in Fragen der Cybersicherheit für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Deshalb sollte die bisherige Initiative Wirtschaftsschutz fortgesetzt werden. Nach einer Evaluierung ihres Erfolgs kann man über Verbesserungsmöglichkeiten und Art und Umfang der Fortführung entscheiden</li> </ul>

Der ASW Bundesverband arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden zusammen. Für einen besseren Austausch, der den Behörden größere Handlungsspielräume erlaubt, wären gesetzliche Anpassungen, beispielsweise im BND-Gesetz notwendig. Welchen **Rahmen für einen besseren Austausch der Wirtschaft mit den Sicherheitsbehörden** würde Ihre Partei setzen?

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der partnerschaftliche Verbund von Sicherheitsbehörden mit Verbänden und Unternehmen funktioniert gut</li> <li>• Dialog und wechselseitiges Vertrauen und der Umstand, dass beide Seiten von den bestehenden Möglichkeiten Gebrauch machen, ist erfolgsleitend</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Bereich des Wirtschaftsschutzes kommt der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft eine hohe Bedeutung zu. Etwaiger gesetzlicher Anpassungsbedarf ist daher zu prüfen und erforderlichenfalls konstruktiv zu diskutieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrüßen Verbesserungen der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Sicherheitsbehörden im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten und unter Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Setzen sich dafür ein, dass die Zusammenarbeit der Unternehmen, Verbände, Vereine und Sicherheitsbehörden bei Angriffen weiter verbessert wird, rechtliche Klarstellungen umgesetzt werden oder bei fehlender Gesetzgebungskompetenz angestrebt werden. Sinnvolle Präventions- und Abwehrmaßnahmen sollen unterstützt werden, ohne dass Unternehmen Nachteile fürchten müssen (z.B. durch Beweisverwertungsverbote)</li> </ul>